

## Policy Position

# Die europäische Solidarität braucht dringend eine politische Dimension

**Dr. Thierry Chopin**, Sonderberater, Jacques Delors Institute  
**Dr. Nicole Koenig**, stellvertretende Direktorin, Jacques Delors Centre  
**Sébastien Maillard**, Direktor, Jacques Delors Institute

*Der Originaltext wurde am 22. April 2020 auf Französisch im L'Express veröffentlicht.*

23. April 2020

#Covid-19  
#EURO  
#Solidarität

Angesichts der Corona-Pandemie sind die 27 Staats- und Regierungschefs aufgerufen, gemeinsam zu handeln. Der Europäische Rat vom 23. April kann es sich nicht leisten, erneut zu scheitern, indem er innere Spaltungen offenbart, die angesichts der Covid-19-Krise wieder aufgeflammt sind. Die Dramatik der Situation hat auch Jacques Delors aus einer längeren Phase des Schweigens gerissen: „Die Atmosphäre, die unter den Staats- und Regierungschefs zu herrschen scheint, und der Mangel an europäischer Solidarität versetzen die Europäische Union in Lebensgefahr“.

Das Ausmaß der Gesundheitskrise und die schwere wirtschaftliche Rezession, die durch die drastischen Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie droht, erfordern Einigkeit und Solidarität unter den europäischen Staats- und Regierungschefs. Dies ist nicht nur ein Slogan, sondern eine der wesentlichen Grundlagen des europäischen Projekts. Die Schuman-Erklärung, deren 70. Jahrestag am 9. Mai gefeiert wird, forderte von Anfang an „konkrete Errungenschaften, die zunächst de facto Solidarität schaffen“. Das ursprüngliche Konzept der „Gemeinschaft“ beschreibt den offenen und vertrauensvollen Austausch zwischen ihren Mitgliedern, die Zusammenlegung von Ressourcen und gegenseitige Unterstützung entsprechend einer dreifachen Dynamik, die Delors mit folgender Formel auf den Punkt brachte: „Wettbewerb, der anregt, Zusammenarbeit, die stärkt, und Solidarität, die verbindet“. Der Binnenmarkt, der Schengen-Raum und der Euro haben Interdependenzen zwischen den Mitgliedstaaten geschaffen und ihre Schicksale miteinander verknüpft, so dass jede Hilfe für den einen auch im besten Interesse der anderen liegt.

Auch wenn die Pandemie Spanien und Italien derzeit besonders hart trifft, stehen die 27 Mitgliedstaaten gemeinsam vor der größten Herausforderung seit dem Zweiten Weltkrieg. Die europäische Solidarität muss daher in aller Öffentlichkeit gelebt werden. Sie wurde bereits an

einigen Stellen sichtbar, etwa durch die grenzüberschreitende Zusammenarbeit, die koordinierte Rückführung hunderttausender europäischer Staatsangehöriger, die gemeinsame Beschaffung medizinischer Güter sowie kollektive Bestrebungen zur Entwicklung eines Impfstoffs. Sie wird auch greifbar dank der seitens der Europäischen Zentralbank zur Verfügung gestellten Summen. In Vorbereitung auf den 23. April wurden weitere Instrumente ausgearbeitet, die den massiven Rückgriff auf Kurzarbeit unterstützen und den wirtschaftlichen Wiederaufbau auf innovative Weise finanzieren sollen.

Aber die europäische Solidarität muss auch politisch ausgestaltet werden, zu einer Zeit, da der Europäische Rat den Eindruck der Handlungsunfähigkeit erweckt. Solidarität lässt sich nicht nur durch ausgeklügelte Finanzmechanismen vermitteln, die mühsam ausgehandelt und widerwillig vereinbart werden. Wie die Staatsschuldenkrise zeigte, eliminiert die Verteilung von Milliarden nicht vorangehende Spaltungen, die tiefe Spuren im nationalen Gedächtnis hinterlassen. Um den Nerv der Zeit zu treffen, um in den Medien Eindruck zu machen, braucht die europäische Solidarität einen Impuls, eine Figur, eine Erzählung. Kurz gesagt, eine stärkere politische Dimension.

Am 23. April sollten die Staats- und Regierungschefs gemeinsam offiziell die „Solidaritätsklausel“ im europäischen Vertrag aktivieren, die auf die gegenseitige Hilfe der Europäer in Krisen- oder Katastrophenfällen abzielt. Abgesehen von der wichtigen politischen Symbolkraft, würde die Aktivierung auch die Verteilung von Schutzausrüstung und die Entsendung medizinischer Teams erleichtern. Die kollektive Aktivierung dieser Klausel würde ferner dem Schönheitswettbewerb der EU-Institutionen entgegenwirken, die teilweise engstirnig ihre jeweiligen Initiativen vorantreiben.

Der politische Impuls für die europäische Solidarität sollte zunächst von einem Duo ausgehen, das in dieser Krise bisher zu wenig in Erscheinung getreten ist: Frankreich und Deutschland. Dieses Tandem, dessen Ermüdungserscheinungen weitläufig bekannt sind, ist nach wie vor unerlässlich, um die wirtschaftlichen Spaltungen zu überwinden. Die Art und das Ausmaß des Schocks, den die EU erleidet, erfordern einen deutsch-französischen Impuls, welcher der historischen Rolle des Duos beim Aufbau der EU würdig ist. Es liegt an beiden Seiten, die Voraussetzungen für einen Kompromiss zu schaffen. Um ihrer Rolle als treibende Kraft gerecht zu werden, sollten sie diesen Impuls in Absprache mit der Kommission setzen und andere Mitgliedstaaten soweit wie möglich einbeziehen. Eine breite Koalition würde jene, die sich der Solidarität verweigern, in eine unhaltbare Isolation verdammen. Ein solcher Impuls könnte auch die Rolle des Europäischen Rats, der durch seine strukturelle Dysfunktionalität gelähmt ist, wieder aufwerten. Über das unmittelbare Krisenmanagement hinaus könnten Berlin und Paris im Vorfeld ihrer jeweiligen europäischen Ratspräsidentschaften auch die Grundlagen für eine Gesundheitsunion legen, wie von den Ko-Vorsitzenden der Deutsch-Französischen Parlamentarierversammlung vorgeschlagen. Die europäische Solidarität sollte zudem ein Gesicht erhalten, welches in der Öffentlichkeit für die wirtschaftlichen und politischen Solidaritätsmaßnahmen steht. Diese Person kann eine Rolle ähnlich der von Michel Barnier einnehmen, der weithin mit der Einigkeit der EU-27 in den Brexit-Verhandlungen assoziiert wurde.

Schließlich hat die europäische Solidarität auch eine geopolitische Dimension. China und Russland haben dies schnell erkannt und ihre Hilfe für die Europäer geschickt inszeniert. Sie haben somit die innereuropäische Solidarität, die nach Anfangsschwierigkeiten weit substanzieller ausfiel, geschmälert. Zugleich haben russische und chinesische Medien verzerrte Informationen verbreitet, welche die EU als gescheitert diskreditierten. In diesem globalen „Kampf der Narrative“ kann die EU sich nicht damit begnügen, Falschmeldungen zu richtig zu stellen. Sie muss die europäische Solidarität strategischer und offensiver kommunizieren. Primäres Ziel dieser Kommunikation ist es nicht, den globalen Kampf der Narrative zu gewinnen, sondern die durch die Krise stark erschütterte Unterstützung der Europäer zurückzugewinnen. Gleichzeitig muss die EU eine Führungsrolle in Sachen globaler Solidarität einnehmen. Die Glaubwürdigkeit einer Kommission, die sich als „geopolitisch“ bezeichnet, steht hier auf dem Spiel. Nur eine uneingeschränkt verinnerlichte und mit Stolz präsentierte Solidarität kann den Siebenundzwanzig die Einigkeit und den Gemeinschaftsgeist zurückgeben.

Gefördert durch:



Bundesministerium  
der Finanzen

Hertie School gemeinnützige GmbH • Vorsitzender des Aufsichtsrats: Bernd Knobloch • Vorsitzender des Kuratoriums: Frank Mattern • Geschäftsführer: Prof. Dr. Henrik Enderlein, Dr. Axel Baisch • Sitz der Gesellschaft: Berlin • Registergericht: Amtsgericht Charlottenburg HRB 97018 B • Hertie School – gegründet und gefördert von der Gemeinnützigen Hertie-Stiftung